

Der „Groupement des magistrats“ (GM) kritisiert den Justizrat in seiner geplanten Form

# „Eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz“

Claude Molinaro

Der „Groupement des magistrats“ sieht die Unabhängigkeit der Justiz hierzulande gefährdet, sollte der geplante Justizrat in der Form verwirklicht werden, wie es dem Ombudsmann und der vom Justizminister eingesetzten Arbeitsgruppe vorschwebt.

Die Richterschaft ist nicht prinzipiell gegen einen Justizrat; sie stört bei dem vorliegenden Vorschlag vor allem die geplante Zusammensetzung und der Aufgabenbereich der zu schaffenden Instanz. Die Idee eines obersten Justizrats stammt vom Ombudsmann Marc Fischbach und ist aus dem März 2006. Als Motivation für eine derartige Institution gab Fischbach die hohe Zahl von Klagen, die bei ihm gegen Richter eingereicht würden, an. Eine vom Justizminister eingesetzte Arbeitsgruppe nahm den Vorschlag in ihrem Bericht vom Januar 2007 auf.

Die Vereinigung der Magistrats ist nicht prinzipiell gegen einen Justizrat, der verschiedene Mängel, die es effektiv in der Justiz gebe, beheben könnte. Die Kritik der Richter gilt vor allem zwei Punkten, durch die sie die Unabhängigkeit der Justiz bedrohen sehen, wie aus einem Gutachten des GM hervorgeht, das im Mai 2008 veröffentlicht wurde. Der Ombudsmann schlägt vor, dass sich der Justizrat aus je fünf

Mitgliedern aus den Reihen der Richterschaft und fünf von außerhalb der Judikative zusammensetzt. Für den GM ist dies völlig inakzeptabel, da diese Klausel die Tür öffnen würde für eine politische Einflussnahme auf die Justiz.

Die Mitglieder, die von außen genannt würden, sollen nach folgendem Schlüssel gewählt werden: zwei aus der Anwaltschaft, einer aus der Abgeordnetenkammer, einer aus der Regierung und einer vom Staatrat. Die Klausel, dass keiner der Mitglieder ein politisches Mandat ausüben dürfe, sei keine Garantie für Unabhängigkeit. Die Tatsache, dass es kein politisches Mandat mehr ausübe, hindere einen Ex-Abgeordneten nicht daran, seiner politischen Familie weiterhin nahezu stehen, meint der Präsident des GM, Alain Thorn, dem Tagblatt gegenüber.

## Politisierung der Justiz

Die Richtervereinigung weist darauf hin, dass in den Ländern, die ein solchen „gemischten“ Justizrat eingeführt haben, gleichzeitig eine Einflussnahme der Politik auf die Justiz zu beobachten sei. Mehr noch: Neben dieser Einflussnahme mache sich dort auch eine Politisierung der Justiz bemerkbar. Die Richter würden sich ihren politischen Ideen nach zusammenschließen.

Dieser Nebeneffekt könnte



Foto: Alain Richartz

Eine unabhängige Justiz ist kein Privileg der Richter, heißt es in dem Gutachten des GM, sondern das Recht der Bürger in einer rechtsstaatlichen Demokratie

zwar durch eine Abwechslung der Machtverhältnisse ausbalanciert werden. Da in Luxemburg diese Machtwechsel jedoch eher rar sind, könne man davon ausgehen, dass sich auf lange Dauer die Richterschaft immer näher mit einer Partei verbünden würde. Ob gerade dies vielleicht die Absicht des Projekts sei, fragt sich der GM.

Hinzu komme noch ein praktisches Problem: Es sei schwierig, Mitglieder von außerhalb zu finden, welche die nötige Sach-

kenntnis besäßen. Sie würden dann nur als Komparaten dienen, während die anderen die Arbeit verrichteten. Der GM fragt sich weiter, ob der Justizrat, der zwar als unabhängiges Gremium dargestellt werde, nicht dem Minister dazu dienen soll, seine Schachfiguren zu platzieren, die zu jedem Moment den Lauf der Justiz beeinflussen könnten, unter dem Vorwand, Ordnung in das so oft kritisierte Justizwesen zu bringen. Das zweite große Problem sieht der GM in den

Kompetenzen, die dem Justizrat zugewiesen sind. Unter anderem soll der Justizrat ein ausgedehntes Kontrollrecht erhalten: Er soll das Recht bekommen, alle Akten einzusehen, mit denen sich die Justiz befasst. Dieses Recht soll auch nicht mit dem Argument des Untersuchungsgeheimnisses verweigert werden können.

Darüber hinaus soll der Justizrat Klagen von Bürgern gegen Richter annehmen können. Dies könnte dazu missbraucht werden, die Arbeit der Richter zu behindern, denn jeder könnte dann, wenn er seinen Prozess verliert, dies dem zuständigen Richter anhängen und Klage gegen ihn führen.

Disziplinverstöße und die entsprechenden Maßnahmen müssten daher ganz klar vom Justizrat geregelt sein. Um die Arbeit der Richter nicht zu behindern, bedürfe es außerdem einer Instanz, welche die Klagen filtere und nur die an den Justizrat weiterleite, die auch begründet seien.

Warum der GM gerade jetzt wieder mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit gehe, wollten wir von Alain Thorn wissen. Viele Richter hätten geglaubt, das Fischbach-Projekt würde im Sand verlaufen. Da die Forderung nach einem Justizrat sich aber in einigen Wahlprogrammen wiederfindet, sei man der Ansicht gewesen, jetzt sei der Augenblick, um die Sache wieder zur Sprache zu bringen. Denn sonst sei es vielleicht zu spät.

Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

## Administrative Vereinfachung - Luxemburgs Monster von Loch Ness



Was steht in den Programmen der einzelnen Parteien, die zu den Parlamentswahlen am 7. Juni antreten?

Das Tagblatt vergleicht die einzelnen Programme schwerpunktmäßig. Berücksichtigt werden lediglich die sieben Parteien, die ein offizielles Wahlprogramm vorgelegt haben. Die „Biergerlescht“, die mit der Listennum-

mer 8 in den Wahlbezirken Süden und Norden in die Wahlen zieht, tut dies ohne festes Programm.

In dem heutigen Vergleich beschränken wir uns auf die klassische Wirtschaftspolitik. Nicht berücksichtigt wird der Finanzsektor.

Fast in sämtlichen Programmen wird die Vereinfachung der administrativen Prozeduren für die Betriebe gefordert. Die CSV geht soweit, ein Gremium für bürokratische Entfesselung zu fordern. Dabei hat Mittelstandsminister Fernand Boden (CSV)

vor kurzem noch ein Entfesselungsprogramm verkündet. Auf den Entfesselungskünstler wartet man also auch nach dieser Legislaturperiode.

Quasi alle Parteien wünschen sich in diesem Zusammenhang einen „güchete unique“, eine einzige Anlaufstelle für die Betriebe bei ihren Kontakten mit den Verwaltungen.

Allen gemeinsam ist die Forderung nach wirtschaftlicher Diversifizierung. Dabei werden immer wieder Umwelt- und Gesundheitstechnologien genannt. Die LSAP betont dabei die Anstren-

gungen von Wirtschaftsminister Jeanock Krecké im Logistik-Bereich, die es auch weiter zu führen gilt.

Die Wirtschaft durch steuerliche Anreize fördern wollen die ADR und die DP. Die ADR möchte jede Steuererhöhung vermeiden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schmälern würde. Folglich müsste die Partei auch jede Erhöhung der Solidaritätssteuer ablehnen. Die Steuer finanziert den Beschäftigungsfonds.

Die Liberalen gehen noch einen Schritt weiter. Sie verspre-

chen den Betrieben weitere steuerliche Entlastungen, das „innerhalb der Grenzen, die eine vernünftige öffentliche Haushaltsplanung vorgibt“.

Eine Radikalkur würde die KPL durchsetzen, würde sie in die Regierung gewählt. Dann würden wohl Axeloy-Mitte, DuPont de Nemours, Goodyear und weitere Großbetriebe verstaatlicht.

Interessant ist die Idee zur Schaffung einer Benelus-Bank, um Klein- und Mittlere Betriebe zu fördern. Eine AT SNCI für die Großregion. lmo



- Vergesellschaftung der Großbetriebe.
- Bannen des gesamten Energie- und Wasserbereichs
- Gewinne für die Schaffung neuer Betriebe und Arbeitsplätze nutzen
- Eine öffentliche Benelus-Bank schaffen,



- Wirtschaftspolitik auf Technologien in den Bereichen Energie, Gesundheit, Kommunikation und Stahlverarbeitung konzentrieren
- Industriearbeiten im Süden für diese neuen Wirtschaftsstandbeine nut-



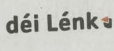
- Übertriebene Umweltforderungen und endlose Genehmigungsverfahren vermeiden
- Keine Steuererhöhungen, die wettbewerbschädigend sind
- Administrative Auflagen verringern
- Dienststellen für kleine Betriebe



- Wirtschaftliche Diversifizierung und neue Wirtschaftsstandbeine
- Kompetenzschulen aufbauen, Forschung und Innovation fördern
- Logistik, Biomedizin, Gesundheits-, Umwelttechnologie fördern



- Betriebe, die in Europa expandieren möchten, nach Luxemburg anziehen, sich dabei auf China, Indien, Mittlerer Osten, EU und Amerika konzentrieren
- Industriebetriebe mit hoher Wertschöpfung ansiedeln
- Umwandlung



- Wirtschaft diversifizieren. Die Kriterien dazu: Beschäftigung, Ökologie, zukunftsweisende Technologien
- Öffentliche Finanzierung von lokalen und regionalen Aktivitäten. Solidarwirtschaft fördern
- Öffentlicher Fi-



- Gremium für bürokratische Entfesselung
- Verwaltungsverwaltungsaufwand reduzieren
- Schaffung kommunaler und regionaler Aktivitätszonen für mittelständische Betriebe
- Begleitmaß-